

Motion

von Jill Nussbaumer, Karl Nussbaumer, Jean Luc Mösch, Drin Alaj und Klemens Iten

betreffend

Ratseffizienz: Änderung der Geschäftsordnung des Kantonsrats (GO KR)

Datum:

4. Juli 2025

Das Büro des Kantonsrates wird beauftragt, dem Kantonsrat eine Gesetzesänderung der Geschäftsordnung des Kantonsrats (BGS 141.1) mit folgendem Inhalt zu unterbreiten:

Diskussion von Interpellationen nur bei qualifiziertem Antrag

Interpellationen sollen im Kantonsrat nur noch dann diskutiert werden, wenn ein Drittel der anwesenden Ratsmitglieder eine Diskussion verlangen. Wenn keine Diskussion verlangt wird, erhalten auf Wunsch die Interpellanten und die Regierung das Wort.

Begründung

Gemäss § 51 Abs. 5 GO KR wird eine Interpellation diskutiert, ausser zwei Drittel der Anwesenden sprechen sich dagegen aus. Dieser Artikel wird selten in Anspruch genommen. Die Ratsgeschäfte im Kanton Zug haben in den vergangenen Jahren an Umfang und Komplexität zugenommen. Gleichzeitig ist festzustellen, dass eine beträchtliche Zahl von Traktanden weder politisch umstritten noch inhaltlich diskussionswürdig ist. In solchen Fällen führen Plenardebatten zu vermeidbarem Zeitaufwand, ohne dass ein Mehrwert für die demokratische Meinungsbildung entsteht.

Andere kantonale Parlamente wie beispielsweise im Aargau, Appenzell Ausserrhoden oder St. Gallen kennen eine ähnliche Regelungen, wonach Interpellationen nur im Plenum besprochen werden, wenn eine Diskussion verlangt wird und der Rat einverstanden ist.

Die vorgeschlagene Änderung verfolgt das Ziel, die parlamentarische Arbeit wirkungsvoller und ressourcenschonender zu gestalten. Insgesamt stärkt der Vorschlag die Arbeitsfähigkeit des Kantonsrats, ohne die demokratische Legitimation oder Transparenz der Prozesse zu beeinträchtigen.
